



Zeugen der Anklage

Im Fall Aiwanger wollen viele Politiker und Journalisten möglichst meinungsstark sein. Das begünstigt Fehlurteile, meint Timo Frasch

Von Timo Frasch, F.A.S., 10.09.2023

So, wie in den vergangenen zwei Wochen über die Flugblatt-Affäre und über Hubert Aiwanger debattiert wurde, muss man sich nicht wundern, dass nicht nur er von einer Kampagne spricht. Diskursive Standards wurden zuhauf unterlaufen, und zwar sowohl aufseiten derer, die sich für Aiwanger ins Zeug warfen, als auch derer, die ihn umgehend nach Erscheinen des Texts „Das Auschwitz-Pamphlet“ in der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) absolut untragbar fanden.

Ungebührlich verhielten sich zumal die, die schon qua Beruf sprachsensibel sein und wissen müssten, wie Urteile zustande kommen und wie schnell sie sich überholen können: Politiker und Journalisten. Schon am Tag, an dem der SZ-Artikel im Print erschien, am 26. August, stellte Florian von Brunn, Chef der bayerischen SPD, eine Verbindung zu Aiwangers Erdinger Rede gegen das Gebäudeenergiegesetz her, die auch im SZ-Text angeklungen war. Von Brunn schrieb auf der Plattform X: „Abscheuliche Auftritte wie in Erding wurden bislang als Einzelereignisse abgetan. Das sind sie offenbar nicht.“

Der Vorwurf, jemand sei ein Antisemit, gehört zu den schwersten überhaupt. Daraus folgt zweierlei: dass er aufgeklärt werden muss. Und dass bei der Aufklärung besondere Vorsicht zu walten hat. Auf der einen Seite stehen die Erinnerungskultur, die Gefühle der Familien der Opfer. Aber auch auf der anderen Seite steht ein hohes Gut: ein Mensch, Vater von zwei Kindern, dessen politische Existenz und persönliche Integrität auf dem Spiel steht.

Um den Kurzschluss „damals Nazi, heute Nazi“ plausibel erscheinen zu lassen, wurde das, was Aiwanger in Erding gesagt hat - die „schweigende Mehrheit“ müsse sich „die Demokratie zurückholen“ -, vielfach dramatisiert. Aiwangers Vergangenheit sollte die Gegenwart verdunkeln und die Gegenwart ein schlechtes Licht auf die Vergangenheit werfen. Das ist wie bei einem Perpetuum mobile: Es kann nicht funktionieren.

Als Aiwangers Ankläger merkten, dass ihm die Sache mit dem Flugblatt nicht so einfach nachzuweisen sein würde, steuerten sie um. Die Spitzenkandidatin der Grünen, Katharina Schulze, äußerte am 28. August: „Schon allein der Anschein von Antisemitismus in unserer Staatsregierung schadet dem Ansehen Bayerns.“ Es sei jetzt „die Pflicht Markus Söders, weiteren Schaden von Bayern abzuwenden“. Doch wer hatte den „Anschein“ erweckt? Aiwanger? Oder die, die ihm Antisemitismus unterstellten? Beide?

Viele Aiwanger-Jäger verlegten sich auf die Binse, die man seit Donald Trump in Zweifel ziehen kann: Politiker stürzten nicht über ihre Fehler, sondern über den Umgang damit. Also wurde Aiwangers Krisenmanagement kritisiert, seine Kommunikation. Das kam auch von Journalisten, die sonst gerne beklagen, Politiker ließen jedes Interview erst einmal von Beratern und Presseleuten weichspülen. Aiwanger hat selbst in dem Moment, als ihm das Wasser bis zum Hals stand, an seinem unorthodoxen Umgang mit den Medien festgehalten. Das zeigt etwa sein Ad-hoc-Telefoninterview mit einem „Welt“-Reporter. Man mag das für unprofessionell halten - aber es ist auch Teil dessen, was die Leute an Aiwanger mögen.

Der Kampf gegen Antisemitismus leidet darunter, dass er vielfach zum Ritual erstarrt ist. Man merkt das auch daran, wie mit den immer gleichen Attributen über das Pamphlet gesprochen wird: „ekelig“, „menschenverachtend“. Wäre da eine Erklärung Aiwangers, erdacht von PR-Profis, nicht mindestens so problematisch gewesen wie sein ja in der Tat irritierender Satz, unvorbereitet auf einem besseren Feldweg in eine Kamera gesprochen: „Ich sag: Seit dem Erwachsenenalter, die letzten Jahrzehnte - kein Antisemit, kein Extremist, sondern ein Menschenfreund“?

Bis dahin war Aiwangers Krisenkommunikation Sache der kleinen Pressestelle seiner Partei, der Freien Wähler. Danach wurde der Stab seines Wirtschaftsministeriums eingebunden, die Strategie geändert. Seine dürftige Entschuldigung, knapp eine Woche nach Bekanntwerden der Vorwürfe, las er, für ihn gänzlich untypisch, vom Blatt ab. Auch deshalb wurde ihm nun vorgeworfen, es sei nicht aufrichtig gewesen. Von „pflichtschuldig“ sprach der - insgesamt eher besonnen agierende - bayerische FDP-Chef Martin Hagen am Donnerstag in der Sondersitzung des Landtags. Am Abend vorher hatte Aiwanger im Bayerischen Fernsehen gesagt: „Wie man’s macht, ist’s falsch.“

Aus dem Interview mit dem „Welt“-Kollegen wurde Aiwanger vor allem ein Satz vorgehalten: „In meinen Augen wird hier die Schoa zu parteipolitischen Zwecken missbraucht.“ Gerade das sei eine Instrumentalisierung der Schoa, hieß es. Kann sein. Kommt aber darauf an. Angenommen, es stimmt, was Aiwangers Bruder zum zentralen Vorwurf behauptet, dass er und nicht Hubert das Flugblatt verfasst habe und dieser womöglich sogar habe „deeskalieren“ wollen: Wie wäre dann folgender Satz von SPD-Chef von Brunn zu bewerten, geäußert am Montag auf dem Volksfest Gillamoos? „Sophie Scholl hatte Flugblätter gegen die Nazis verteilt und wurde dafür hingerichtet. Und Hubert Aiwanger hatte in seiner Tasche Flugblätter, in denen tapfere Frauen wie Sophie Scholl verhöhnt wurden.“ Etwa nicht als Instrumentalisierung der NS-Verbrechen durch einen Mann, dessen Partei bei unter zehn Prozent liegt? Oder müsste man von Brunn zugutehalten, dass er Nachfahre der ehemaligen SPD-Politikerin und Hitler-Bekämpferin Toni Pfülf ist und dem „Nie wieder“ deshalb besonders verpflichtet?

Die Kritik an Aiwangers Krisenmanagement lief auf die Einschätzung hinaus: Einer, der mit so einer persönlichen Krise nicht umgehen kann, der kann auch die Krisen nicht meistern, die auf ihn als Minister warteten. Das sagten Leute, die noch nie in der Situation waren, gleichzeitig Wahlkampf machen und in der politischen Todeszone überleben zu müssen. Im Übrigen: Jetzt, da Aiwanger den stärksten Sturm überstanden zu haben scheint, könnte man auch sagen: Einer, der das aushält, ist gerade geeignet für ein Regierungsamt. Aber auf den Gedanken kommt natürlich keiner von denen, denen er nicht in den Kram passt.

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat jüngst auf dem Gillamoos vor dem Hintergrund der Flugblatt-Affäre die Medien ermahnt: „Überlegen Sie sich gut, welche Verantwortung Sie auch haben in Deutschland.“ Er bekam dafür sehr viel Applaus. Merz sollte sich nicht täuschen: Das Misstrauen der Leute, in Niederbayern wie in Kreuzberg, trifft nicht nur die Medien, sondern auch die Politik. Aber in der Tat zeigt der Fall Aiwanger, dass die veröffentlichte Meinung und die öffentliche Meinung auseinanderdriften. Mehr Selbstkritik aller Akteure wäre gut, wirkliche Transparenz. Dabei geht es nicht darum, Geheimnisse preiszugeben oder Verschwörungstheorien zu nähren. Es wäre schon geholfen, wenn Journalisten wie Politiker ab und an mal einen Einblick gäben in die oft profanen, teils auch unbewussten Abwägungen, die beim Zustandekommen von Äußerungen oder Texten zumindest eine Rolle spielen dürften.

Es wäre zum Beispiel schön, wenn jeder, der meint, sich in der Sache Aiwanger markig zu Wort melden zu müssen, die eigene Sprecherposition reflektierte. Ob der ehemalige „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt, der sich selbst als zu Unrecht Verfemter sieht, der Richtige ist, um sich mit Verve für Aiwanger zu verwenden, kann man zumindest überlegen. Ob Florian Post, ein ehemaliger SPD-Mann, der im Unfrieden von der Partei schied, der Richtige ist, der SPD eine Kampagne zu unterstellen, darf ebenso bezweifelt werden. Einer von denen, die im Netz sehr selbstgewiss mit Aiwanger ins Gericht gingen und die SZ-Berichterstattung unermüdlich verteidigten, ist der ehemalige CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz. Söder sagte über ihn zuletzt, er sei „weit weg von Bayern und vielen politischen Prozessen“. Das mag sein. Für die Aiwanger-Debatte ist aber eher interessant, dass Polenz vor ein paar Wochen in einem wohlwollenden Porträt auf der Seite Drei der SZ gewürdigt wurde, in dem auch Kritik an Aiwangers Erdinger Rede vorkam. Daran war nichts auszusetzen, aber wer so hohe moralische Maßstäbe anlegt wie Polenz, der könnte sich angesichts dieser Vorgeschichte auch mal etwas zurückhalten.

Auch der Autor dieses Texts schreibt nicht im Vakuum. Er ist mit hochgeschätzten Kollegen der SZ befreundet. Zugleich verbindet ihn eine Geschichte mit Aiwanger. Vor fünf Jahren war er bei ihm auf dem elterlichen Bauernhof. Der Eindruck war sehr gut. Ergebnis war ein positives Porträt über ihn. Es folgten auch kritischere Texte, etwa über Aiwangers Einlassungen zur Klimapolitik.

Und doch fragt man sich als Journalist, der zum Zeitpunkt, als der erste SZ-Text erschien, gerade in Südfrankreich am Strand lag: Hat einen die eigene Menschenkenntnis getrogen? Haben die anderen gesehen, was man selbst nicht sah? Was kann man nun tun? Stillhalten? Schnell noch die Kurve kriegen? Oder Flucht nach vorn?

Die meisten Politiker, Journalisten und Netzartisten wollen meinungsstark sein, aber auch recht behalten. Zwischen beidem besteht ein Spannungsverhältnis: Je pointierter die Meinung, desto stärker die Pfadabhängigkeit. Wenn Söder Aiwanger nun nicht entlasse, habe er keine Chance mehr auf die Kanzlerkandidatur, schreiben manche. Mag sein oder auch nicht. Sollten Söders Chancen schwinden, läge es jedenfalls auch daran, dass es die Journalisten schreiben. Und wer es einmal im Brustton der Überzeugung geschrieben hat, kommt von dem Gaul schwer wieder herunter. Mancher wird sogar umso mehr darauf beharren, um doch noch Tatsachen zu schaffen, die seine Einschätzungen ex post bestätigen. Diese Logik spielt auch bei den Forderungen nach Aiwangers Rücktritt eine Rolle, im Sinne von: Wenn er zurücktritt, muss meine Forderung danach berechtigt gewesen sein.

Noch ein Wort zum sogenannten Investigativjournalismus. Er ist wichtig, ein Wesenskern der Arbeit von Medien. Es braucht dafür gute, mutige Leute. Es wäre auch unredlich, wenn der Bayern-Korrespondent der F.A.Z. an dieser Stelle versuchte, aus der Not seiner urlaubsbedingten Abwesenheit eine Tugend zu machen, indem er Abwesenheit zur Abgewogenheit umdefiniert. Trotzdem ist der Investigativjournalismus ein vielschneidiges Schwert. Wenn es eine Quelle gibt wie den ehemaligen Lehrer im Fall der SZ, hat die Zeitung eine Verpflichtung ihr gegenüber. Wenn sie anonym bleiben will, respektiert man das. Damit geht allerdings einher, dass man als Leser nicht alles erfährt, was bei der Einschätzung der Glaubwürdigkeit der Quelle helfen könnte. Dass der Lehrer eine Nähe zur SPD hat, muss nichts heißen. Man hätte es aber doch ganz gern gleich gewusst.

Mindestens so wichtig wie Transparenz: nicht mit zweierlei Maß messen. Das ist im Fall Aiwanger nicht eingehalten worden. In anderen Kontexten gilt es als höchst verwerflich, Leute nach ihrem Aussehen zu beurteilen. Bei Aiwanger wurde auf ein

altes Klassenfoto, das ihn mit Scheitel und Schnurrbart zeigt, als Beweis für seine angebliche rechtsextremistische Gesinnung verwiesen, gern auch mit Zwinkersmiley.

Man sollte sich außerdem bemühen, Belastendes wie Entlastendes in der Urteilsfindung zu berücksichtigen, auch wenn es der eigenen Linie widerspricht. Auf der belastenden Seite gibt es im Fall Aiwanger Gewichtiges: etwa seine Weigerung, auf Fragen der SZ, die sie ihm vor der ersten Veröffentlichung mehrfach vorlegte, anders als mit Drohungen zu antworten. Seine faktische Nicht-Beantwortung der Fragen der Staatskanzlei. Außerdem die Tatsache, dass er nie eine plausible Geschichte darüber erzählt hat, wie das damals eigentlich war an seinem Gymnasium, mit ihm, mit dem Bruder. Aber gleichzeitig hätte man auch mal erwähnen können, dass er zwei Jahre lang Kollegstufensprecher war: ein Wahlamt. Wie konnte es dazu kommen, sollte Hubert Aiwanger bis kurz vorher quasi ein Neonazi gewesen sein? Über den Bruder wurde erwähnt, dass er Rockmusik liebte - das passe nicht zu einem Neonazi. Kann man so sehen, muss man nicht. Es gibt jedenfalls auch andere Hinweise. Hubert Aiwanger schreibt sehr ungern. Aus dem Pamphlet jedoch geht, bei aller Niedertracht, ein gewisser sprachlicher Gestaltungswille hervor. Dass den tatsächlich eher der Bruder hatte, darauf könnten mehrdeutige Zettel hindeuten, die er zuletzt ins Schaufenster seines Geschäfts für Waffen und Jagdzubehör gehängt hatte.

Aiwanger hat es seinen Verteidigern nicht gerade leicht gemacht, auch weil er selbst nicht auf Entlastendes hinwies. Warum? Was war wirklich vor 36 Jahren? Das wissen selbst enge Mitarbeiter nicht. Natürlich könnte es sein, dass Aiwanger schlicht nicht die Wahrheit sagt und sich deswegen nicht wohl fühlt in seiner Haut. Manche meinen: Er habe seine Familie nicht noch mehr hineinziehen wollen. Von anderen ist zu hören, Juristen in der Fraktion hätten ihm geraten, wenig zu sagen: so wie es Anwälte oft mit ihren Mandanten tun. Wieder andere sagen: Aiwanger sei ein Mann, der auch sonst oft wie in einem Tunnel unterwegs sei: extrem fixiert, unempfänglich für die Schwingungen um ihn herum. Über diese Eigenart wurde im Landtag auch vor der Affäre schon geredet, mal freundlicher, mal weniger freundlich.

Es scheint, als würde Aiwanger langsam wieder aus dem Tunnel herauskommen. Am Donnerstag war er Gastgeber eines Staatsempfangs zur IAA. Er wollte erst nicht



REPORTER:INNEN
forum

hingehen, dann kam er doch. Er redete ausführlich. Die Reaktion der Zuhörer: Hätte knapper sein dürfen. Das hat Aiwanger zuletzt nicht oft gehört.